

**Antrag der Fraktion DIE LINKE.**

**Jetzt kulturelle Teilhabe für alle durch Einführung eines Kulturtickets ermöglichen**

Wer arm ist, darf nicht vom kulturellen Leben in seiner Heimatstadt ausgeschlossen werden. Der Koalitionsvereinbarung zwischen den Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen ist in diesem Zusammenhang die Absicht zu entnehmen, der finanziell schwächer gestellten Bevölkerung in Bremen die Teilnahme am kulturellen Leben in ihrer Stadt zu ermöglichen, wenn es heißt: „Wir wollen eine Offensive für kulturelle Bildung. Kulturelle Bildung ist eine Voraussetzung für die kulturelle Teilhabe an der Gesellschaft. Wir werden erweiterte Partizipationsmöglichkeiten für sozial benachteiligte Menschen schaffen, indem der Zugang z. B. durch die Einführung eines Kulturtickets für Kultureinrichtungen erleichtert wird.“ (Koalitionsvereinbarung, Seite 86).

Einem entsprechenden Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 5. September 2008 (Drs. 17/217 S) wurde in der 15. Sitzung der Stadtbürgerschaft am 9. September 2008 zugestimmt. Darin heißt es unter anderem, dass der Senat aufgefordert wird, „der Stadtbürgerschaft über die Ergebnisse der Prüfungen und Verhandlungen innerhalb von sechs Monaten Bericht zu erstatten und darzulegen, wie die Zugangsbarrieren für die kulturelle Teilhabe aller Bremerinnen und Bremer abzubauen sind“. Der für Kulturangelegenheiten zuständige Senator, Bürgermeister Jens Böhrnsen, unterstützte den Antrag mit den Worten: „Nehmt den Auftrag, der in diesem Antrag enthalten ist, mit Freude entgegen, und wir werden dem Parlament zeitgerecht berichten.“ Es muss nun festgestellt werden, dass dieser angeforderte und angekündigte Bericht bis heute nicht vorgelegt wurde und nach wie vor die Einführung eines Kulturtickets aussteht.

Die aktuell von verschiedenen Bremer Kultureinrichtungen angebotenen Ermäßigungen reichen bei Weitem nicht aus, um eine umfassende kulturelle Teilhabe für die einkommensschwachen Bevölkerungsschichten zu gewährleisten. Dieses Ziel ließe sich nur mit der Einführung eines Kulturtickets erreichen, das Empfängerinnen und Empfängern von Sozialleistungen mit entsprechendem Nachweis den Erwerb von Restkarten für eine kulturelle Veranstaltung für 3 € ermöglicht, wie es bereits seit 2005 sehr erfolgreich in Berlin praktiziert wird. Um zu vermeiden, dass aufgrund permanent hoher Auslastung bei speziellen Kulturveranstaltungen keine Restkarten zur Verfügung stehen, sollte darüber hinaus ein bestimmtes Kartenkontingent für die entsprechende Bevölkerungsgruppe im Vorverkauf für 3 € zur Verfügung stehen.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

1. Die Stadtbürgerschaft missbilligt das Verhalten des Senats, ohne jegliche Mitteilung den von der Stadtbürgerschaft angeforderten und vom Bürgermeister zugesagten Bericht nicht erstellt zu haben.
2. Die Stadtbürgerschaft erkennt darin eine Geringschätzung des Parlamentsanliegens, ein Kulturticket in Bremen einzuführen.
3. Der Senat wird aufgefordert, gemäß des Antrags der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 5. September 2008 (Drs. 17/217) zu prüfen, zu welchen Bedingungen ein Kulturticket eingeführt werden kann.

4. Der Senat wird aufgefordert, der Stadtbürgerschaft über die Ergebnisse der Prüfungen bis zum 30. November 2009 einen Bericht vorzulegen.

Jost Beilken, Monique Troedel,  
Peter Erlanson und Fraktion DIE LINKE.